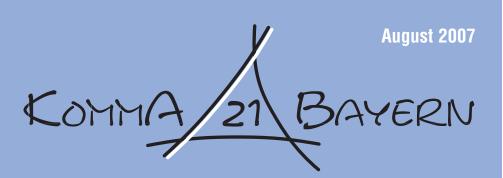
KommA21 BayernBaverisches Landesamt für Umwelt

Bürgermeister-Ulrich-Straße 160 86179 Augsburg Telefon (0821) 9071-5021 Fax (0821) 9071-5221 komma21@lfu.bayern.de



InfoNETZwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung



Dank an die Referenten der Tagung "Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement", deren Projekte im Baustein vorgestellt werden: Franz Heckens (Pro Bürgerbus NRW e.V.), Horst Koydl und Gerhard Behr-Rößler (Caritasverband Neustadt/Aisch), Waltraud Lobenhofer (AOVE GmbH), Ralf Mützel und Ruth Dorner (Bürgerhaus Neumarkt), **Irmgard Osterberger** (Projektentwicklung Österberger), **Jochen Peters** (Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V.), **Jochen Sahr** (Zentrum Aktiver Bürger Fürth), Karlheinz Sölch

Sabine Wenng (Koordinationsstelle

Gero Wieschollek (Regina GmbH), Wolfgang Wörner (Dürmentingen),

(Zentrum Aktiver Bürger Nürnberg), **Rudolf Zündt** (Roßhaupten)

Impressum

Ute Zimmer

(Landratsamt Cham)

"Wohnen zu Hause"),

Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU) KommA21 Bayern Bürgermeister-Ulrich-Str. 160 86179 Augsburg

Das Bayerische Landesamt für Umwelt ist eine Behörde im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Konzept und Redaktion:

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern

Druck:

Roch Druck GmbH, Höchstädt

Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement

Den demografischen Wandel zu bewältigen, ist eine Hauptaufgabe der nachhaltigen Kommunalentwicklung. Kaum ein anderes Thema stellt die Kommunen vor so viele neue Aufgaben wie sinkende Geburtenzahlen und ungleiche Wanderungsbewegungen. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge sind betroffen. Zugleich nimmt der Standortwettbewerb zwischen den Kommunen weiter zu.

Umso wichtiger ist es, nicht in eine negative Rhetorik zu verfallen, sondern sich bewusst mit den Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort auseinanderzusetzen. Dabei zeigt sich, dass die Kommunen viele Folgen aus dem demografischen Wandel am besten mit den Bürgern gemeinsam bewältigen können. Dadurch entsteht außerdem die Chance, dass Lebensqualität, Bürgersinn und Gemeinschaft einen neuen Schub erhalten.

Über die damit verbundenen Meinungen, Perspektiven und Fragen veranstalteten das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Bayerische Gemeindetag am 15. März 2007 eine Tagung in Neumarkt in der Oberpfalz. Die dort präsentierten Beispiele werden in diesem Baustein vorgestellt und geben Anregungen für neue Formen Bürgerschaftlichen Engagements.

Praxisbeispiele zeigen den Weg	Seite
Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement	2
Die demografische Herausforderung - Zukunftschancen in Bayern	3
Wie Bürger und Kommunen den Demografischen Wandel gestalten	
- Bürgerschaftliches Engagement in der Gemeinde Dürmentingen	6
- Bürgerbusse in Nordrhein-Westfalen	7
- Dorfläden im Allgäu	8
- Bürgerhaus Neumarkt in der Oberpfalz	9
- Kontaktstelle "Treffpunkt Ehrenamt" in Cham	10
- Selbsthilfekontaktstellen in Bayern	11
- Bürgerengagement in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg	12
- Das Freiwillige Soziale Schuljahr in Neustadt an der Aisch	13
- Bildungspaten in Fürth	14
- Altenhilfekonzepte und Nachbarschaftshilfe für kleine Gemeinden	15
- Seniorennetzwerk im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz	16
- Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach: "Alt werden zu Hause"	17
- Aufbau von dualen Netzwerkstrukturen im Auerbergland	18
Weiterführende Informationen	19





Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement

Beitrag von Dr. Thomas Röbke

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Weißblauer Himmel, malerische Dörfer, Berge und Seen: Das schöne Bayernland ist gleichermaßen für Urlauber und Einheimische ein Ort, wo es sich gut leben lässt. Aber dieses Paradies hat auch Risse, die sich in den kommenden Jahren noch vertiefen können.

Der Bayerische Gemeindetag konstatierte eine Besorgnis erregende Landflucht. In Oberfranken zum Beispiel hätten manche Gemeinden bis zu 1.500 Bürger verloren dies entspräche etwa 20 % der Bevölkerung von 1970 -. zurück blieben vor allem die Älteren. Die Bevölkerungsmehrheit an diesen Orten ist bald über 50 Jahre. Der Gemeindetag forderte deshalb eine besondere Förderung für den ländlichen Raum, unter anderem im Bereich der Kinderbetreuung und der Bildungspolitik. Es gelte, gleichwertige Lebensumstände wie in den Ballungsräumen zu schaffen, wenn man verhindern wolle, dass durch die demografische Entwicklung und durch die Abwanderung junger Leute ganze Landstriche überaltern und ausbluten.

Landschaft und Dörfer funktionsfähig und attraktiv zu erhalten, ist derzeit ein hochaktueller Schwerpunkt bayerischer Politik. Planerische, organisatorische und finanzielle Hilfen stehen zur Verfügung und müssen sicher noch weiter ausgebaut werden. Dennoch werden die vorhandenen institutionellen Säulen, auf denen das soziale Leben beruht, ob es nun Schulen, Kindergärten, Horte, aber auch Museen oder Theater sind, an vielen Orten instabiler. Soziale Netze könnten so auf lange Sicht reißen.

Auch Städte sind einem starken demografischen Wandel ausgesetzt. Im Durchschnitt wird ihre Bevölkerung älter, der Anteil Alleinlebender wächst, Familienbande werden brüchiger, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist schon heute wesentliche gesellschaftliche Aufgabe.

Deshalb wird die Frage immer dringlicher: Wie kann das Bürgerschaftliche Engagement dabei mithelfen, diesen massiven demografischen Wandel zu gestalten? Neben dem traditionell starken Ehrenamt - zum Beispiel in den Sportvereinen und bei der Feuerwehr - entwickeln sich neue, vielversprechende Formen: Von Ehrenamtlichen betriebene Bürgerbusse helfen, die Mobilität auch für jene zu sichern, die kein Auto (mehr) haben. Dorfläden sichern die Nahversorgung in Orten, wo der Einzelhandel verschwunden und der nächste Discounter weit weg ist.

Demografischen Wandel gestalten heißt auch, die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken: Ältere Menschen unterstützen die Bildung von Vorschulkindern, indem sie zum Musizieren und Experimentieren in den Kindergarten kommen; Bildungspatinnen und -paten greifen Jugendlichen in der schwierigen Phase der Berufsfindung unter die Arme; für Pflegebedürftige wird es leichter, in ihrem angestammten Umfeld zu bleiben, wenn sie Nachbarschaftshilfe erfahren. All dies entwickelt sich nicht von selbst, sondern muss gute Voraussetzungen in der Kommune vorfinden: Zum Beispiel Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen und daher nach einer kompetenten Beratung und einer für sie passenden Tätigkeit verlangen. Allgemein benötigen wir noch viel mehr bürgerorientierte Kommunen, in denen alle, vom Verwaltungsmitarbeiter bis zum politischen Spitzenamt, bemüht sind, Türen zu öffnen und attraktive Gelegenheiten zur bürgerschaftlichen Mitwirkung zu schaffen.

Das geschieht manchmal nicht ganz freiwillig, wie das Beispiel Dürmentingens in Baden-Württemberg zeigt. Dort hat ein mutiger Bürgermeister die Bürgerschaft zum Engagement eingeladen, weil die Gemeinde fast bankrott war, und im Laufe der Jahre gezeigt, dass Lösungen, die mit und nicht gegen oder ohne die Bürgerschaft gefunden werden, meist die besseren und zudem die billigeren sind.

Natürlich: Wir müssen das Ehrenamt nicht neu erfinden. Angesichts der demografischen Entwicklung ist aber klar geworden, dass unser breites, durch staatliche Vorsorge getragenes Hilfesystem großen Belastungen ausgesetzt ist. Die Tendenz geht überall hin zu einer höheren Eigenbeteiligung bei garantierter Grundversorgung. In dieser Krise staatlicher Finanzierungssysteme liegt aber auch die Chance, wieder zu entdecken, welche Eigenkräfte in der Gesellschaft schlummern. Damit wird der altehrwürdige Gedanke der Subsidiarität mit neuem Leben erfüllt. Wie können wir - als Bürgerinnen und Bürger - unsere eigenen Belange organisieren, ohne ständig nach dem Staat zu rufen? Wo benötigen wir den Staat als Helfer zur Selbsthilfe? Wie kann der Staat, die Kommune Rahmen und Plattformen schaffen, bei denen diese gesellschaftlichen Eigenpotenziale am wirksamsten zur Geltung kommen?

Der vorliegende Agenda-Baustein ist das Ergebnis der Tagung "Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement", die am 15. März 2007 in Neumarkt in der Oberpfalz stattfand. Viele praktische und nachahmenswerte Beispiele wurden vorgestellt. Eine grundsätzliche Einsicht zeichnet sie alle aus: Bürgerschaftliches Engagement kann natürlich hauptamtliches Expertentum in den Kommunalverwaltungen nicht ersetzen, aber es besitzt seine eigene, oft überraschende Professionalität. Und: am besten kann es sich dann entfalten, wenn die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen stimmen, wenn Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe und nicht als Bittsteller angesehen werden, wenn in Dörfern und Städten kein Kirchturmsdenken herrscht, sondern ein Geist der Kooperation, auch über gewohnte Grenzen hinaus.



Die demografische Herausforderung – Zukunftschancen für Bayern

Denkanstöße des Bayerischen Gemeindetags anlässlich der Landesversammlung am 18./19. Oktober 2006

Beitrag von Dr. Franz Dirnberger und Gerhard Dix **Bayerischer Gemeindetag**

Baverns Gemeinden befinden sich mitten in einer dramatischen Veränderung praktisch aller politischen Rahmenbedingungen. War es in den letzten Jahrzehnten vor allem der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Bayern geprägt hat, treten jetzt gleichzeitig und sich verstärkend neue Entwicklungen hinzu, die sich nicht nur auf dem wirtschaftlichen Sektor auswirken, sondern einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch auslösen werden. Nun ist noch eine Herausforderung ins Zentrum der Diskussion gerückt, die in der Tat den Handlungsrahmen in den bayerischen Kommunen zusätzlich drastisch beeinflussen wird: die demografische Entwicklung. Eine seit langem auf niedrigem Niveau stagnierende Geburtenrate, eine deutlich gesteigerte Lebenserwartung der Menschen und erhebliche Zu- und Abwanderungsbewegungen sind die Eckpunkte, die diesen Prozess beherrschen. Seit Jahrzehnten liegt die Geburtenhäufigkeit in Deutschland bei etwa 1,4 Kindern pro Frau: nur um die Population stabil zu halten, wäre aber eine Geburtenrate von mehr als zwei Kindern erforderlich. Die Lebenserwartung von Männern, die heute geboren werden, beträgt nach neueren Untersuchungen fast 80 Jahre, bei den Frauen sind es fast 87 Jahre. Dadurch wird sich natürlich auch die Altersstruktur der Bevölkerung drastisch verändern. Bis 2050 dürfte der Anteil der Unter-20-Jährigen von derzeit einem Fünftel auf ein Sechstel der Gesamtbevölkerung absinken. Der Anteil der Über-60-Jährigen wird von derzeit einem Viertel auf mehr als ein Drittel ansteigen. Die Zahl der Über-80-Jährigen wird sich in diesem Zeitraum verdreifachen und schließlich etwa 12 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Durch Zuwanderungen wird dieses Szenario nur teilweise kompensiert. Wie sich die konkreten Veränderungen darstellen werden, ist vergleichsweise unsicher. Als Mittelwert wird augenblicklich eine Saldo-Wanderungsbewegung in die Bundesrepublik von ca. 200.000 Menschen pro Jahr angenommen. Dies würde für den Freistaat Bayern eine jährliche Netto-Zuwanderung von ca. 37.000 Personen ergeben. Dass hier betroffene Gemeinden erhebliche Integrationsprobleme zu lösen haben werden, liegt auf der Hand.

In den bayerischen Gemeinden werden sich die demografischen Veränderungen aber in regional äußerst unterschiedlicher Weise auswirken. Es wird Gemeinden geben, die einem erheblichen Schrumpfungsprozess ausgesetzt sein werden. Andere Gemeinden werden vor allem durch Zuzug weiter wachsen und damit erheblichem Siedlungsdruck ausgesetzt sein. Wieder andere werden stagnieren und damit vor allem den Problemen einer alternden Gesellschaft ausgesetzt sein. Grob gesprochen ist davon auszugehen, dass Bayern vor allem in den Randgebieten mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen hat und dass die Ballungsräume hinzugewinnen werden. Vor Ort hängen die jeweiligen Entwicklungen aber von vielen unterschiedlichen Einflüssen im Detail ab, so dass nicht einmal für einzelne Landkreise einheitliche Abläufe prognostiziert werden können. Globalisierung, Technisierung und demografische Entwicklung können von der einzelnen Gemeinde natürlich nicht beeinflusst oder gar gesteuert werden. Gleichwohl heißt dies nicht, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister handlungsunfähig sind. Im Gegenteil! Jede Entwicklung eröffnet für die Beteiligten auch Chancen, wenn man sie erkennt und über die entsprechenden Strategien verfügt in den konkreten politischen Handlungsfeldern für Gemeinden und Staat.

Gemeindliche Entwicklungspolitik

Die Gemeinden Bayerns werden – wie gezeigt – von den gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in ganz unterschiedlicher Weise betroffen sein. Voraussetzung für jede entwicklungspolitische Konzeption ist zunächst eine schonungslose Analyse der Ausgangssituation sowie der jeweiligen Stärken und Schwächen der Gemeinde. Die Gemeinde muss individuelle Zielsetzungen erarbeiten, die insbesondere die demografischen Gegebenheiten akzeptiert und sie möglicherweise nutzt. So muss beispielsweise die schrumpfende Gemeinde über alternative Siedlungs- und dezentrale Infrastrukturkonzepte nachdenken ebenso wie die alternde Gemeinde über die spezifischen Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren im Bereich der Pflege oder des betreuten Wohnens.

Die Planungs- und Entscheidungskultur der Vergangenheit muss den neuen Herausforderungen angepasst werden. Dies erfordert ein Umdenken bei allen Akteuren. insbesondere auch bei den Gemeinderatsmitgliedern und den Mitarbeitern in der Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch andere Interessengruppen wie Handel, Gewerbe, Vereine, Schulen, soziale und karitative Organisationen usw. müssen in die Entscheidungsprozesse insbesondere in die Leitbildentwicklung intensiv eingebunden werden. Auch innerhalb der Verwaltungen ist Handlungsbedarf angesagt. Notwendig ist es. auf den eigenen Tätigkeitsbereich verengte Sichtweisen ab- und vernetzte Strukturen aufzubauen.

Die Gemeinde ist gefordert, verstärkt auf das Bürgerschaftliche Engagement zu setzen. Es ist Daueraufgabe für die Rathauschefs, die Bürgerinnen und Bürger entsprechend einzubeziehen. Dabei ist das Potential für Bürgerengagement weiterhin hoch. Nach einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 2004 in Auftrag gegebenen Studie wird sogar





eine steigende Bereitschaft zum Ehrenamt festgestellt. Danach sind 70 % der bundesdeutschen Bevölkerung über 14 Jahren in Vereinen, Gruppen, Organisationen oder öffentlichen Einrichtungen aktiv. Der stärkste Anstieg ist bei der Gruppe der Über-55-Jährigen zu verzeichnen. Die Generation der aktiven Seniorinnen und Senioren stellt damit ein nicht zu unterschätzendes Potential auch für das gemeindliche Handeln dar. Allerdings haben sich das Bild der ehrenamtlichen Tätigkeit und auch die Gründe, warum die Menschen sich ehrenamtlich engagieren, gewandelt. Sie wollen nicht mehr in festen und dauerhaften Strukturen oder traditionellen Organisationen tätig sein, sondern projektorientiert und ungebunden arbeiten. Sie wünschen sich rasch konkret fassbare Ergebnisse ihres Tuns.

Die Gemeinden müssen auf dieses gewandelte Verständnis reagieren und den Bürgerinnen und Bürgern einen gestalterischen Freiraum zur Umsetzung eigener Ideen bieten. Die Gemeinde sollte keine Ergebnisse vorgeben, sondern lediglich eine Plattform, gleichsam die Infrastruktur für Bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung stellen. Sie hat die Aufgabe, einzelne Bürgeraktivitäten zu vernetzen und zu koordinieren und - etwa im Rahmen eines Bürgerbüros - organisatorischen Beistand zu leisten. Auch hier ist entscheidend, dass jede Gemeinde ihre maßgeschneiderte Lösung findet.

Gerade im Zusammenhang mit Schrumpfungsprozessen. aber auch beispielsweise bei der Gewerbeansiedlungspolitik kann die interkommunale Zusammenarbeit einen ganz wesentlichen Beitrag liefern. Die Gemeinden sollten erkennen, dass sie gerade im Bereich der Infrastruktur nicht mehr jede Leistung alleine und selbst erbringen können. Hier sinnvolle Netzwerke mit Nachbargemeinden aufzubauen, stärkt die kommunale Selbstverwaltung und hilft mit, ortsnahe und funktionsfähige Strukturen zu bewahren. Möglichkeiten gibt es genug: vom gemeinsamen Bauhof über den Schulverband bis zum interkommunalen Gewerbegebiet.

Landesentwicklung

Auch die Landesplanung ist gefordert, auf die Auswirkungen insbesondere der demografischen Entwicklung stärker als bisher zu reagieren. Dabei müssen Jahrzehnte alte Begriffe - wie das System der zentralen Orte - hinterfragt und auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP), das 2006 neu aufgelegt worden ist, basiert auf Vorstellungen und Leitbildern, die in Zeiten des Wachstums richtige Antworten gegeben haben mögen. Dieser Ansatz muss heute durch andere Konzepte ergänzt oder sogar ersetzt werden, die sich stärker an den konkreten Umständen des Einzelfalls orientieren und die regionalen Verhältnisse in den Blick nehmen. Es ist notwendig, die landesplanerischen Vorgaben flexibler zu fassen und vor allem gemeindliche Spielräume zu betonen. Von ganz wesentlicher Bedeutung sind auch hier interkommunale Entwicklungskonzepte - etwa im Bereich des Einzelhandels.

Die Demografische Entwicklung hat auch Auswirkungen auf die Ortsplanung. Sie wird noch wichtiger, um frühzeitig drohenden Leerständen in den Siedlungen entgegen zu wirken, die Ortskerne lebendig zu halten und das Dorfgefüge zu sichern. Kompakte Orte können Dienstleistungs- und Versorgungsmöglichkeiten auch für eine alternde Bevölkerung in fußläufiger Entfernung zentrumsnah bereitstellen. Innenentwicklung und Flächensparen sind damit wichtige Ansatzpunkte für eine ganzheitliche Ortsplanung angesichts von Schrumpfungs- und Alterungsprozessen.

Fortschritt und Innovation sind nicht notwendig an die Zentren und Großstädte gebunden. Bayern definiert sich nicht nur über seine urbanen Zentren, sondern auch und gerade über den ländlichen Raum.

Familienpolitik

Die Zukunftsfähigkeit vieler Gemeinden wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, junge Menschen und Familien vor Ort zu halten und neue hinzu zu gewinnen sowie alte Menschen in die Gemeinschaft zu integrieren. Familienfreundlichkeit ist längst zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. So wie heute schon in vielen Kindergärten und Schulen um das letzte Kind gekämpft wird, so werden in den schrumpfenden Regionen die Gemeinden um den letzten Bürger kämpfen. Kommunale Familienpolitik hat die vordringliche Aufgabe, die beteiligten Akteure vor Ort zusammenzuführen, gemeinsame Ziele zu formulieren und diese dann auch umzusetzen. Diese verschiedenen Akteure können u.a. Vertreter der Kommunalpolitik, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Industrie, des Handels und des Gewerbes, der Vereine oder der Nachbarschaftshilfen sein. Nach einer Analyse der vorhandenen familienpolitischen Strukturen vor Ort gilt es, gemeinsame Ziele zu formulieren. Im Mittelpunkt familienpolitischer Debatten stehen Fragen zur Wohnraumbeschaffung, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zum Auf- und Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Seniorenangeboten oder Freizeiteinrichtungen. Schrumpfende Gemeinden sehen sich allerdings heute schon mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Schließung der oben genannten Einrichtungen konfrontiert.

Neben der strategischen Ausrichtung einer aktiven kommunalen Familienpolitik sind ganz konkrete Maßnahmen zu treffen. Gemeinden dürfen Familien und deren Kinder nicht als eine finanzielle Belastung begreifen, wenn es um die Schaffung von Infrastruktur geht oder um die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen, sondern als eine Grundvoraussetzung zur Existenzsicherung des eigenen Gemeinwesens. Auch das Engagement vieler Gemeinden in der Seniorenarbeit wird immer größer. Seniorenserviceeinrichtungen, Unterstützung beim "Wohnen zu Hause" und die Einbindung der Senioren in generationsübergreifender Nachbarschaftshilfe stehen auf dem Maßnahmenkatalog ganz oben. Dieser starke Zusammenhalt in der Nachbarschaft und die gut funktionierenden Netzwerke in kleineren Gemeinden bilden einen Standortfaktor, der künftig noch viel deutlicher herausgestellt werden muss.





Bildung und Betreuung

Ein herausragender Schwerpunkt in der kommunalen Familienpolitik ist die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für die Kinder und Jugendlichen im Ort. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Ziel. Denn aus vielen Studien und Befragungen ist bekannt. dass junge Paare sowohl ihren Beruf ausüben als auch eine Familie gründen wollen. Dazu sind die entsprechenden außerfamiliären Betreuungsangebote notwendig. Neben den institutionellen Betreuungsangeboten in Krippen, Kindergärten und Horten kommt künftig der Tagespflege eine wichtige Ergänzungsfunktion zu.

Kindertageseinrichtungen und Schulen sind die wichtigsten Standortfaktoren für eine familienfreundliche Gemeinde. Bildung von Anfang an, so muss das Motto lauten. In der vorschulischen Bildungsarbeit werden die Weichen gestellt für die weitere schulische Karriere der Kinder. Daher muss es im Interesse der Gemeinden sein, nicht nur ihre örtlichen Kindertageseinrichtungen zu erhalten, sondern auch sicherzustellen, dass dort eine qualifizierte Bildungsarbeit geleistet wird. Der Übergang zum Besuch der Grundschule hat in der Aufenthaltsgemeinde zu erfolgen. Zurückgehende Geburtenzahlen und steigende Übertrittsguoten in weiterführende Schulen gefährden immer mehr Hauptschulstandorte. Daher brauchen wir neue Konzepte, die auf der einen Seite eine optimale Ausbildung der Schülerinnen und Schüler garantieren, auf der anderen Seite aber eine ortnahe Beschulung auch unter finanziellen Überlegungen heraus ermöglichen. Der Bayerische Gemeindetag kann sich neue größere Schulorganisationsformen vorstellen, sofern sichergestellt wird, dass die Schüler möglichst vor Ort beschult und gefördert werden. Der interkommunalen Zusammenarbeit wird hierbei eine größere Bedeutung zukommen. In diesem Zusammenhang ist auch der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagsschulen zu nennen.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

Wie verhindert werden kann, dass - meist junge -Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum abwandern, weil insbesondere qualifizierte Arbeitsplätze fehlen, gehört zu den schwierigsten Fragen, die sich auf kommunaler Ebene stellen. Begreiflicherweise haben die Gemeinden nur wenig unmittelbare Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu erhalten oder gar zu schaffen. Allenfalls können sie durch ein wirtschaftsfreundliches Verhalten zu einem positiven Klima für Gewerbetreibende und Investoren beitragen.

Die Gemeinden müssen darüber hinaus versuchen, auf regionaler Ebene gemeinsam mit den Verbänden und den ansässigen Betrieben ganzheitliche Konzepte zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu entwickeln. Zu denken ist etwa an die Schaffung von regionalen Wirtschaftskreisläufen oder auch gemeinsamen Marketingstrategien für die Region. Die Gemeinden können auch eine Plattform für "ihre" Unternehmer und Unternehmen bilden, die zur Ausnutzung von Synergieeffekten und Kooperationsvorteilen führen kann.

In diesem Feld kann auch das Regionalmanagement einen wesentlichen Beitrag leisten. Eine große Chance für die Gemeinden im ländlichen Raum eröffnen die neuen Kommunikationstechnologien. In vielen Bereichen ist ein Wirtschaftsunternehmen nicht mehr auf eine bestimmte örtliche Situierung etwa in einem Ballungszentrum angewiesen. Dann erhalten die Vorteile des ländlichen Raums - vergleichsweise günstige Bodenpreise, Arbeitskräftepotential vor Ort und Lebensqualität - besonderes Gewicht.

Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

In Schrumpfungsregionen muss damit gerechnet werden, dass Infrastruktureinrichtungen - vom Einzelhandel über medizinische Versorgung bis hin zu Bildungsangeboten jedenfalls in der bisherigen Qualität nicht mehr überall vorgehalten werden können. Umso wichtiger ist es sicherzustellen, dass zumindest die Erreichbarkeit der vorhandenen Angebote gewährleistet ist. Dies kann im ländlichen Raum nur über ein gutes Straßennetz und eine flächendeckende Versorgung mit Leistungen des ÖPNV geschehen. Einen besonderen Aspekt in diesem Zusammenhang stellt die Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, also insbesondere mit Lebensmitteln dar. Hier kann es notwendig werden, dass die Gemeinde mit öffentlich geförderten oder sogar eigenen Angeboten eintretende Versorgungslücken schließt. In nicht wenigen Gemeinden konnten sich solche Nachbarschafts- oder Dorfläden bereits erfolgreich etablieren.

Fazit

Die zu erwartende demografische Entwicklung ist bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen zugrunde zu legen. Es empfiehlt sich, entsprechende Anpassungsstrategien vor Ort zu entwickeln.



Die Gemeinde Dürmentingen

Kommunale Wege zur Entwicklung Bürgerschaftlichen Engagements

"Die Gemeinde sind wir, wir tun etwas dafür"

Ziel Dürmentingen als lebenswerte und

> lebendige Gemeinde durch Bürgerschaftliches Engagement zu stärken

beteiligt 42 Vereine und Gruppierungen in über

160 Projekten

in Dürmentingen: 2.600 Einwohner

gegründet 1994 als Initiative der

Gemeindeverwaltung

gefördert durch projektbezogene Unterstützung

aus dem Gemeindeetat

Kontakt Bürgerservice im Rathaus

> Marita Künzelmann T. 07371 9507-14 Fax 07371 9507-914

mkuenzelmann@duermentingen.de

www.duermentingen.de

Die Ausgangslage

Schlechte Stimmung gegenüber Gemeindeverwaltung und Gemeinderat: In Dürmentingen herrschte 1992/93 u.a. aufgrund langjähriger finanzieller Fehlplanungen gro-Ber Unmut in der Bürgerschaft - innerortlicher Widerstand organisierte sich.

Die Idee: Initiative ergreifen

Der neu gewählte Bürgermeister Wolfgang Wörner setzte dem Widerstand eine Initiative für die Gemeinde entgegen. Sein Konzept ging auf: Unter dem Motto "Aktivurlaub mit dem Bürgermeister" beteiligten sich erstaunlich viele Freiwillige an der Gestaltung eines Schulhofs. Anstatt der ursprünglich bei Fremdleistung veranschlagten 120.000 DM kostete der Schulhof lediglich 30.000 DM.

Dürmentingen begann daraufhin, gute Rahmenbedingungen für innovative Ideen des Bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen, um zu zeigen: Einbringung lohnt sich! Bürgerschaftliches Engagement bietet in Dürmentingen mehr Lebensqualität und Gestaltungsspielraum in der Gemeinde. Und: Einzelne werden durch die Einbindung in Gruppen in ihrem Selbstverständnis gestärkt und finden viele Kontaktmöglichkeiten in einer lebendigen Gemeinde.

In den weiteren Jahren entwickelten sich viele Projekte zu Verbesserungen auf Ortsebene, die sicherlich nicht zuletzt dem überdurchschnittlichen Vereinsengagement der Dürmentinger zu verdanken sind. Zwischenzeitlich setzen die Initiativen nicht nur zahlreiche Maßnahmen um, sondern entwickeln auch Planungsansätze für die Zukunft ihrer Gemeinde. Ein willkommener Synergieeffekt sind die hohen Kosteneinsparungen durch die Beteiligung der Bürger an den Projekten.

Die Projekte – zum Beispiel

- Generationsübergreifendes Engagement: Nachbarschaftshilfe, Ausbau der Dorfgemeinschaftshäuser Hailtingen und Heudorf, Dorffeste
- Angebote für Senioren: Ausflüge, Seniorennachmittage, Feste und Tanzveranstaltungen, Mobilitätstraining, Arbeitskreis "Senioren"
- Alt für Jung: Bau von Kinderspielplätzen, Sommerferienprogramm, Schulmensa
- Denkmalpflege: Renovierungen Kirchen
- Sport: Trimm-Dich-Pfad, Beach-Volleyball, Rad- und Wanderkarten
- Homepage der Gemeinde

Der Beitrag der Kommune

Die Verpflichtung zum Bürgerschaftlichen Engagement und die damit verbundenen Spielregeln und Handlungsräume sind in der Gemeinde Dürmentingen seit 1999 in der Hauptsatzung festgeschrieben. In einem "BE-Kontraktpapier" werden bei Projekten Ziele, Kosten, Zeitrahmen, personeller und sachlicher Aufwand und die Verpflichtung zur Berichterstattung im Gemeinderat fixiert.

Das Geheimnis des Erfolges

Initiative ernst nehmen - Durch entsprechende Beschlussfassung des Gemeinderats ist abgesichert, dass jede Initiative, jeder Antrag ernst genommen und unterstützt wird.

Wer fordert, ist verpflichtet - In Dürmentingen gilt der Grundsatz: Wer fordert, muss sich einbringen mit Idee und Tat.

Gleichstellung Gemeindeverwaltung und Bürger -Politiker und Mitarbeiter der Gemeinde leisten einen wesentlichen Beitrag, indem sie selbst bei den Projekten ehrenamtlich mitarbeiten.



Dürmentinger bauen einen Spielplatz



Bürgerbusse in Nordrhein-Westfalen

Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr

"Du sollst ÖPNV-Angebote schaffen, die den Benutzern Freude machen"

Ziel Ausbau des Mobilitätsangebots mit

geringem finanziellem Aufwand

beteiligt über 70 Bürgerbusse mit etwa

1.700 Fahrerinnen und Fahrern für über

60 Städte und Gemeinden in NRW:

ca. 610.000 Nutzer jährlich

1. Bürgerbus-Verein in NRW 1985 gegründet

gefördert durch das Land Nordrhein-Westfalen

> mit 30.000 € Anschaffungskosten pro Bürgerbus sowie 5.000 € Organisationspauschale jährlich pro Verein

Kontakt Pro Bürgerbus NRW e.V.

> Franz Heckens T. 02832 50530-55 Fax 02832 50530-56

franz-heckens@pro-buergerbus-nrw.de

www.pro-buergerbus-nrw.de

Die Ausgangslage

Das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs kann in nachfrageschwachen Gegenden oder Zeiten die Bedürfnisse und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend berücksichtigen.

Die Idee: Der Bürgerbus

Durch den Bürgerbus, ausgestattet mit acht Fahrgastplätzen, wird ein zusätzliches Angebot geschaffen. Es kommt zum Einsatz, wenn regulärer Linienverkehr wirtschaftlich nicht tragbar ist. Zunächst ist der Bürgerbus ein ganz normales öffentliches Nahverkehrsmittel mit Fahrplan, Haltestellen und einem genehmigten Tarif. Er wird jedoch von ehrenamtlich tätigen Fahrerinnen und Fahrern betrieben, die sich in einem Bürgerbusverein zusammenschließen und den Betrieb organisieren. Das ehrenamtliche Engagement ermöglicht eine erhebliche Kostenreduzierung, ohne die das Angebot nicht aufrechterhalten werden könnte.

Jeder Bürgerbus in Nordrhein-Westfalen stützt sich auf vier Partner:

- Engagierte Bürgerinnen und Bürger wollen ihren öffentlichen Nahverkehr selbst in die Hand nehmen.
- Die Stadt oder Gemeinde erkennt die Chance, die ein Bürgerbus für die Kommune darstellt, und übernimmt die relativ geringen Restkosten.
- Ein örtliches Verkehrsunternehmen nimmt den Bürgerbus in sein Angebot auf und deckt die verkehrsrechtliche Seite des Projektes ab.

■ Das Verkehrsministerium NRW unterstützt die Einrichtung (Laufleistung pro Bus jährlich mind. 20.000 km).

Die Idee aus den Niederlanden wurde mittlerweile in über 60 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens umgesetzt. Die Bürgerbus-Vereine haben sich in dem Netzwerk Pro Bürgerbus NRW e.V. zusammengeschlossen, das mittlerweile 111 Mitglieder hat. Auch in Bayern gibt es inzwischen etliche Bürgerbus-Initiativen.

Der Beitrag der Kommunen

Die Gemeinde, in der der Bürgerbus fahren will, erklärt sich bereit, die Defizitkosten zu tragen - Bürgerbusse können, wie auch das reguläre Angebot des ÖPNV, in der Regel nicht kostendeckend fahren. Liegt eine Erklärung vor, so fördert das Land Nordrhein-Westfalen die Initiative: Das Verkehrsministerium stellt dem Verkehrsunternehmen, das Eigentümer des Fahrzeuges wird, einen Festbetrag von 30.000 € für die Anschaffungskosten zur Verfügung. Zusätzlich erhält jeder Bürgerbus-Verein eine Organisationspauschale für vereinsinterne Zwecke.

Das Geheimnis des Erfolges

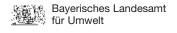
Keine Konkurrenz zum öffentlichen Nahverkehr - Eine Bürgerbuslinie wird immer als Ergänzung des vorhandenen Busverkehrs eingesetzt, nie als Konkurrenz.

Persönliche Atmosphäre im Bürgerbus - Wichtig ist die Nähe der ehrenamtlichen Fahrer zu den Fahrgästen, der Spaß an der Sache. Der Bürgerbus wird von den Fahrgästen als "ihr" Bus erfahren.

Engagement von allen Seiten - Nicht nur vom Bürgerbusverein, auch seitens der Verwaltung und des Verkehrsunternehmens muss ein Engagement eingebracht werden, das sich gelegentlich auch außerhalb des normalen Dienstbetriebes bewegt.



Bürgerbustreffen in Ahaus 2005 Photo: Heinz Duttmann, Legden





Dorfläden im Allgäu

Beispiel Alte Schule Niederrieden

Einkaufen vor Ort

Ziel Nahversorgung im öffentlichen Raum

durch professionelles Netzwerk

32% der Haushalte durch beteiligt

Anteilsscheine:

1 Festangestellte, 6-8 Beschäftigte auf

400 €-Basis

in Niederrieden: 1.400 Einwohner

2004 als GmbH gegründet

gefördert aus Staatsmitteln zur Dorferneuerung

und mit über 50.000 € aus Einlagen

der Bürger

Kontakt Projektentwicklung Osterberger

> Irmgard Osterberger T. 08335 9849-20 Fax 08335 9849-40 info@bestprojekt.de

Die Ausgangslage

Kleine Orte erleben durch "Über"alterung und Verringerung der Haushaltsgrößen einen Strukturwandel. Tante-Emma-Läden rechnen sich nicht und verschwinden, da die Fixkosten zu hoch sind und damit wenig zur Versorgung der Eigentümerfamilie übrig bleibt. Auch große Handelsketten ziehen sich aus der Provinz zurück. Die Gründe für den Rückzug sind vielfältig: Zunehmende Mobilität, Zeitknappheit, Bequemlichkeit und ein wachsendes Preis-Leistungs-Bewusstsein führen dazu, dass ein Großeinkauf an einem Ort bevorzugt wird. Die Kundenansprüche bezüglich Qualität, Frische, Service und Freundlichkeit sind gestiegen. Ergänzende Dienstleistungen wie Stehcafé oder Lotto werden nicht angeboten. Zudem verschärfen Großhandelsbetriebe die Beschaffungskonditionen.

Für die Menschen in den Dörfern bedeutet dies, dass ohne Auto kein Einkauf mehr möglich ist. Zudem fehlt ein Ort, an dem sie sich treffen und Neuigkeiten aus dem Dorf erfahren können. Die Probleme gehen aber noch weiter: Wo es keinen Laden gibt, da droht auch die örtliche Bank-Filiale zu schließen, da sinken die Grundstücks- und die Immobilienwerte.

Die Idee: Der Dorfladen

Immer mehr Kommunen richten daher in Eigenregie Dorfläden ein - zum Beispiel Niederrieden im Allgäu. 2004 wurde der Dorfladen Niederrieden in der Alten Schule als GmbH mit finanzieller Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gegründet. Der Bestand des Ladens wird dadurch langfristig gesichert, dass sich 30-40 % der Haushalte über die Zeichnung von Anteilsscheinen beteiligen, und durch eine Kaufkraftbindung von 20 % in der Standortgemeinde. Der Tagesumsatz des Dorfladens liegt derzeit bei ca. 2.000 €.

Ein hauptamtliches Team kümmert sich um das große Sortiment: Neben Fleisch, Wurst, Obst, Gemüse, Brot und weiteren Dingen des täglichen Bedarfs gibt es Kurzwaren, Schreibwaren, Zeitschriften, Getränke und einen Imbiss. Besonderes Gewicht liegt auf dem Verkauf von regionalen Produkten. Genutzt wird der Laden nicht nur, aber verstärkt von den Anteilseignern der GmbH. Und das nicht nur zum Einkauf: Junge Mütter treffen sich dort wochentags zum Kaffeetrinken, die Männer schauen gerne am Samstag vorbei, und manche Seniorinnen und Senioren kommen gleich mehrmals am Tag.

Der Beitrag der Kommune

Bürgermeister Josef Osterberger initiierte die Gründung des Dorfladens. Mit Hilfe von Staatsmitteln aus dem Programm "Dorferneuerung" gelang es ihm, das alte Schulhaus im Ortskern wieder instandzusetzen: Ein idealer Standort für den Dorfladen.

Das Geheimnis des Erfolges

Wirtschaftliches Konzept - Entscheidend ist die professionelle Konzeption mit folgenden Bestandteilen: Marktund Standortanalyse, Kostenschätzung und bedarfsgerechte Nutzung, Finanzierungsmodell inkl. Fördermittelberatung, Wirtschaftlichkeitsberechnung, Investitionsund Liquiditätsplanung.

Bürgerbeteiligung im Vorfeld - Die Bürgerinnen und Bürger werden durch frühzeitige Information und finanzielle Beteiligung in das Projekt einbezogen. Zudem entstehen Arbeitsplätze vor Ort. All dies gewährleistet, dass potentiellen Kunden den Dorfladen als "ihren" Laden betrachten.

Vernetzung der Dorfläden - Ein Netzwerk mit fünf weiteren Dorfläden im Allgäu, die sich zu einer Einkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, ermöglicht eine gute Preisgestaltung.



Ladentheke Dorfladen Alte Schule Niederrieden



Bürgerhaus Neumarkt in der Oberpfalz

Zentrale Anlaufstelle für Bürgerschaftliches Engagement: Das Mehrgenerationenhaus

Raum für Information, Beratung und Initiative

Ziel Förderung von Bürgerschaftlichem

Engagement und von einer nachhaltigen

Stadtentwicklung

1,5 Hauptamtliche, projektbezogene beteiligt

> Honorarkräfte sowie 5 Ehrenamtliche in Neumarkt/Opf.: ca. 40.000 Einwohner

Eröffnung im Oktober 2004, betrieben gegründet

vom "Büro für Soziale Stadt und

Lokale Agenda 21"

gefördert im Rahmen des Programms

"Soziale Stadt"

Kontakt Bürgerhaus Stadt Neumarkt/Oberpfalz

> Ralf Mützel T. 09181 5110-38 Fax 09181 5108-52 buergerhaus@neumarkt.de www.buergerhaus-neumarkt.de

Die Ausgangslage

Im Rahmen des Agenda 21-Prozesses wurde in Neumarkt 2003 auf Bürgerkonferenzen deutlich, dass es einer zentralen Vermittlungs- und Anlaufstelle für das Bürgerschaftliche Engagement bedarf. Die Sozialraumanalyse 2003 für die Neumarkter Altstadt sprach eine Empfehlung aus, ein "Zentrales Bürgerhaus als Informationsdrehscheibe für besondere Beratungsbedarfe mit Räumlichkeiten für das Bürgerschaftliche Engagement" einzurichten.

Die Idee: Ein zentrales Bürgerhaus

Ein Ort für das Bürgerhaus wurde auch gleich gefunden: Die Stadt Neumarkt stellte ein Anwesen in zentraler Lage zur Verfügung.

Das Bürgerhaus bietet

- Beratungs- und "Service"-Angebote
- Raum für Projekte
- ein attraktives Veranstaltungsprogramm zu aktuellen Themen und praxisbezogenen Fragen
- kostenlos Räume für Vereine, Gruppen, Initiativen und Privatpersonen, die sich ehrenamtlich engagieren und für das Gemeinwohl arbeiten.

Das Bürgerhaus-Team, in dem die verschiedenen Initiativen des Bürgerhauses vertreten sind, organisiert zusammen mit vielen weiteren Akteuren vielfältige Angebote. Das Team arbeitet überwiegend ehrenamtlich.

Die Projekte - zum Beispiel

Einen Schwerpunkt der Arbeit des Bürgerhauses nimmt die Freiwilligen Agentur Neumarkt (FAN) wahr: FAN vermittelt Freiwillige an Vereine und Initiativen, bietet Beratungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten und initiiert eigene Projekte. 5 ehrenamtliche Mitarbeiter koordinieren den Einsatz von 140 Freiwilligen an 200 Einsatzstellen. Die Initiativen "Storchennest e.V.", "Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder und Familien" und "Offenes Ohr für Senioren" kümmern sich um Belange von Kindern, ausländischen Mitbürgern und Senioren. Sie organisieren Beratungs-, Informations- und Betreuungsangebote, Fortbildungen und Veranstaltungen.

Der Beitrag der Kommune

Die Stadt Neumarkt stellte mit einem einstimmigen Stadtratsbeschluss im November 2003 die Weichen für die Einrichtung des Bürgerhauses. Der Unterhalt des Hauses wird im wesentlichen durch Mittel aus dem Programm "Soziale Stadt" finanziert; die Restfinanzierung übernimmt die Stadt Neumarkt. Seit März 2007 ist das Bürgerhaus als Mehrgenerationenhaus des Bundesfamilienministeriums anerkannt. Hierdurch können neue Projekte finanziert werden.

Das Geheimnis des Erfolges

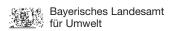
Bürgerbeteiligung bei Konzeption - Die Neumarkter Bürgerinnen und Bürger wurden von Anfang an in die Planung des Bürgerhauses einbezogen.

Generationenübergreifendes Angebot für die Bürger -Im Bürgerhaus finden sich Veranstaltungen und Projekte für alle Generationen.

Offen für alle - Das Bürgerhaus steht vielen Gruppierungen offen. Regelmäßig kommen dort über 20 Gruppen zusammen.



Bürgerhaus Neumarkt: Veranstaltung zu "LOS"





Treffpunkt Ehrenamt

Kontaktstelle im Landratsamt Cham

Austausch und Vernetzung für das Ehrenamt

Kontaktstelle für Bürgerschaftliches Ziel

Engagement

beteiligt 1 Teilzeitkraft für ca. 200 Freiwillige

im Landkreis Cham: 134.000 Einwohner

Juli 2000, angeschlossen an das gegründet

Landratsamt Cham

gefördert aus dem laufenden Geschäftsbetrieb

des Landratsamtes Cham

Kontakt Treffpunkt Ehrenamt -

> Landratsamt Cham Karlheinz Sölch T. 09971 78285 Fax 09971 845285

karlheinz.soelch@lra.landkreis-cham.de

www.landkreis-cham.de

Die Ausgangslage

Ein Drittel (36 %) aller Bundesbürger betätigt sich ehrenamtlich, ein weiteres Drittel (32 %) wäre bereit dazu. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Engagementförderung braucht spezielle Infrastruktureinrichtungen. Landrat Theo Zellner aus Cham las in einem Mitteilungsblatt von einer "Kontaktbörse für Ehrenamtliche" im Landkreis Borken (Westfalen). Davon angeregt, erteilte er 1999 dem Sportreferenten den Sonderauftrag, eine Betreuungsstelle für freiwilliges Engagement zu konzipieren.

Die Idee: Der Treffpunkt Ehrenamt

Im Juli 2000 konnte "Treffpunkt Ehrenamt" als Kontaktstelle für Bürgerschaftliches Engagement in Cham an den Start gehen. Interessierte Menschen und Körperschaften finden dort Raum für haupt- und ehrenamtliche Begegnungen. "Treffpunkt Ehrenamt" bietet gute Rahmenbedingungen für neue Initiativen, zeigt mögliche Betätigungsfelder auf und fördert das Engagement von Ehrenamtlichen mit professioneller Begleitung. In Beratungsgesprächen mit den Ehrenamtlichen werden die Motivation, die Bedürfnisse und Fähigkeiten von interessierten Freiwilligen ermittelt. In einem weiteren Schritt fragt die Kontaktstelle Bedarf und Anforderungen bei den Institutionen ab mit dem Ziel, passende Einsatzmöglichkeiten zu finden. Kooperationspartner sind beispielsweise Wohlfahrtsverbände und Pfarrämter, Firmen, Schulen und Gemeinden, Seniorenheime, Krankenhäuser, Sanatorien, Seniorenclubs, Selbsthilfegruppen und Behindertenwerkstätten. Mit Flyern, Berichten in regionalen Medien und Ausstellungen macht "Treffpunkt Ehrenamt" auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements aufmerksam und wirbt neue Freiwillige.



Die Projekte - zum Beispiel

- Betreuungs- und Freizeitangebote für Senioren und Patienten (Besuchs- und Begleitdienste etc.)
- Beratung für Schuldner und bei Versicherungsfragen
- Unterstützung von Eltern, insbesondere von Alleinerziehenden, durch Angebote wie Babysitten und Hausaufgabenbetreuung.
- "Taka Tuka", ein Projekt des Sozialen Beratungsdienstes Hasenberg e.V., vermittelt wirtschaftlich und sozial benachteiligten Kindern Gasteltern und ermöglicht ihnen einen dreiwöchigen Ferienaufenthalt.
- "ZeitZeuge" fordert Ehrenamtliche dazu auf, ihre eigene, selbst erlebte Geschichte im Schulunterricht zu erzählen.

Der Beitrag der Kommune

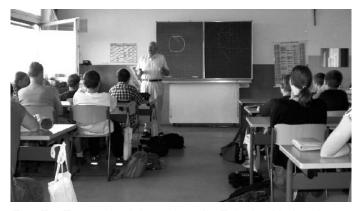
Der "Treffpunkt Ehrenamt" ist dem Landratsamt Cham unterstellt und an das Sportreferat angegliedert. Die anfallenden Kosten für Infrastruktur (Büro, Porto, Telefon), Personal und Öffentlichkeitsarbeit werden aus dem laufenden Geschäftsbetrieb finanziert.

Das Geheimnis des Erfolges

Partnerschaft zwischen Haupt- und Ehrenamt - Durch eine klare Vereinbarung über die Aufgabenteilung und eine Einbindung der Ehrenamtlichen in das Alltags- und Kommunikationsgeschehen der Einrichtungen werden Ehrenamtliche zu Partnern, und nicht zu Konkurrenten.

Begleitung der ehrenamtlichen Arbeit - "Treffpunkt Ehrenamt" begleitet die Arbeit der Ehrenamtlichen mit regelmäßigen Treffen zum Erfahrungsaustausch und mit Fortbildungsangeboten.

Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements - Das Engagement der Ehrenamtlichen wird in vielfältiger Weise durch persönliche Kontaktpflege gewürdigt, z.B. mit einem Begrüßungsschreiben des Landrats, mit Einladungen zu Feiern, mit gemeinsamen Veranstaltungen und Ausflügen.



Ein "ZeitZeuge" berichtet über die Zeit des Nationalsozialismus



Selbsthilfekontaktstellen in Bayern

Hilfe zur Selbsthilfe

"Gemeinsam statt einsam"

Ziel Landesweite Vernetzung und

> Unterstützung der Selbsthilfe im Gesundheits- und Sozialbereich

Zusammenschluss von 20 Einrichtungen beteiligt

gegründet 1987 loser Verbund,

seit 1993 Landesarbeitsgemeinschaft,

seit 2003 eingetragener Verein

gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für

> Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, von den gesetzlichen Krankenkassen, der Stadt Würzburg und projektbezogen von weiteren Geldgebern

Kontakt Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V.

Vorstand: Eva Kreling, Margot Murr,

Jochen Peters

Geschäftsstelle: SeKo Bayern,

Theresa Keidel T. 0931 2057-910 Fax 0931 2057-911

selbsthilfe@seko-bavern.de

Viele Selbsthilfegruppen leisten seit Jahren kontinuierli-

www.verein-selbsthilfekontaktstellen.

seko-bayern.de

Die Ausgangslage

che Arbeit. Über die aktuelle Anzahl der Selbsthilfegruppen in Bayern gibt es keine Statistik: Hochgerechnet aus den geschätzten 80.000 Selbsthilfegruppen bundesweit ergeben sich für Bayern ca. 11.000 Gruppen mit etwa 500.000 Mitgliedern. Zur Qualifizierung der Arbeit haben sich Selbsthilfe-Kontaktstellen gegründet, die Selbsthilfegruppen regional unterstützen und beraten. Selbsthilfe ist ein zentraler Bestandteil des Bürgerschaftlichen Engagements: Selbsthilfeaktive engagieren sich freiwillig, fast immer unentgeltlich und verbessern nicht nur für sich, sondern auch für andere die Lebensqualität, die Lebensumwelt, das soziale Gemeinwesen. Das Charakteristische ist dabei der Zugang zum Bürgerschaftlichen Engagement über die eigene direkte Betroffenheit oder die Betroffenheit als Angehöriger. Dies macht auch die Qualität des Engagements aus. Was dieses Engagement allerdings braucht, sind verlässliche Finanzierungsgrundlagen und unterstützende Rahmenbedingungen.

Selbsthilfe-Kontaktstellen ermöglichen auch den Menschen eine Gruppengründung, die wenig Erfahrung in diesem Bereich haben. Sie beraten in konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Fragen. Sie fördern den Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den verschiedenen örtlichen Gruppen. Durch Vorträge, Fortbildungen, Presseartikel und Publikationen informieren sie Fachleute, politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über die Arbeit der Selbsthilfegruppen.

Die Idee: Die Vernetzung

Der Verein "Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V." ist ein Zusammenschluss von Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfeunterstützungsangeboten in Bayern. Er trifft sich seit 1987 regelmäßig zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Der Verein hat zum Ziel.

- die Selbsthilfe in Bayern weiterzuentwickeln und die Qualität der Selbsthilfeunterstützung zu sichern.
- die Verbreitung des Selbsthilfegedankens durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zu fördern,
- Einzelpersonen mit seltenen Erkrankungen/Problemen und deren Angehörige durch bayernweite Vernetzung und Beratung zu unterstützen.

Der Beitrag der Kommunen

Die Selbsthilfekontaktstellen erhalten in der Regel für ihre Arbeit kommunale Zuschüsse vor Ort.

Das Geheimnis des Erfolges

Vernetzung der Kontaktstellen - Die themen- und verbandsübergreifenden Aktivitäten bieten professionelle Begleitung und Beratung.

Austausch von Wissen und Erfahrung - Die zusammengeschlossenen Kontaktstellen profitieren voneinander durch die fachliche Zusammenarbeit.

Qualitätssicherung der Selbsthilfearbeit - Alle Einrichtungen des Vereins arbeiten nach festgelegten Qualitätsstandards; zwei Mal jährlich werden fachspezifische Fortbildungen angeboten.



Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V. im Juli 2003, u.l.: Seko Bayern, u.r.: mit Staatsministerin Christa Stewens





Bürgerengagement in Kindertageseinrichtungen

Ein Bundesmodellprojekt am Beispiel Nürnberg

Große für Kleine im Einsatz

Ziel Ehrenamtspool für Kindertages-

einrichtungen

Freiwilligenagentur "Zeitweise" Bremen beteiligt

Freiwilligenagentur Halle

Zentrum Aktiver Bürger Nürnberg

gegründet 2005/2006 als Modellprojekt

"Generationenübergreifender

Freiwilligendienste"

gefördert vom Bundesministerium für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend

Kontakt Zentrum Aktiver Bürger

> **Ute Zimmer** T. 0911 929717-0 Fax 0911 929717-29 zab@iska-nuernberg.de

www.zentrum-aktiver-buerger.de

Die Ausgangslage

Das Ehrenamt hat Tradition in Kindertageseinrichtungen: Elternbeiräte engagieren sich, Kirchengemeindemitglieder oder ehrenamtliche Vereinsvorstände übernehmen die Rolle des Trägers, Elterninitiativen tragen den organisatorischen Überbau. Bislang gibt es in Kindertageseinrichtungen jedoch selten eine regelmäßige Zusammenarbeit mit Freiwilligen. Gleichzeitig haben Hauptamtliche alle Hände voll zu tun. Wenn sie die Hilfe von Freiwilligen sinnvoll in den Alltag integrieren, profitieren davon alle Beteiligten. Dazu müssen Aufbau und Organisation der Freiwilligenarbeit gut durchdacht und sorgfältig geplant werden.

Die Idee: Große für Kleine

Das Modellprojekt "Große für Kleine" hat 2005 in drei Städten mit dem Aufbau systematischer Freiwilligenarbeit in Kindertageseinrichtungen begonnen. Ziel war es, möglichst vielfältige Tätigkeitsfelder mit Ehrenamtlichen zu entwickeln, die den Bildungsanspruch der Kindertageseinrichtungen stärken. Je nach Erfahrungen, Fähigkeiten und Talenten machen Ehrenamtliche Bildungsangebote. "Große für Kleine" war an allen drei Modellstandorten sehr erfolgreich. Viele Ehrenamtliche beteiligten sich, und die Kindertageseinrichtungen nahmen die Angebote nach anfänglicher Skepsis begeistert an. In Nürnberg bauten das Zentrum Aktiver Bürger und einige ausgewählte Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg ihre bereits existierende Kooperation aus. Der Erfolg stellte sich schnell ein: Der Kreis der beteiligten Einrichtungen erweiterte sich innerhalb eines Jahres von 5 auf 22 (aktuell: 29). Und es gibt eine Warteliste von weiteren 40 Kindertagesstätten. Im gleichen Zeitraum wurden über 60 Ehrenamtliche geworben, qualifiziert und vermittelt. Das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) Nürnberg begleitete die Kooperation zwischen Freiwilligenzentren und Kindertageseinrichtungen und sorgte für Erfahrungsaustausch und Vernetzung.

Die Projekte - zum Beispiel

- Eine Chemielehrerin führt mit Kindern einfache naturwissenschaftliche Experimente durch.
- Eine Frau liest einmal in der Woche vor.
- Ein Hobbyschreiner werkelt mit zwei bis drei Kindern an der Werkbank.
- Eine Informatikerin schult Erzieherinnen im Umgang mit dem PC.

Der Beitrag der Kommune

Die Stadt Nürnberg ist als öffentlicher Träger der Jugendhilfe Kooperationspartner von "Große für Kleine".

Das Geheimnis des Erfolges

Motivation der Ehrenamtlichen - Die Bildungsangebote werden gemeinsam mit Ehrenamtlichen und Einrichtungen je nach Bedarf entwickelt. Die Freude der Ehrenamtlichen an ihrer Tätigkeit macht die besondere Qualität ihrer Arbeit aus. Die Kinder spüren genau: "Da ist jemand, der gerne Zeit für uns hat."

Professionelle Begleitung - Das ZAB bietet Fortbildungen für die ehrenamtlich Tätigen im pädagogischen Bereich an. Auch die Erzieherinnen werden auf die Zusammenarbeit vorbereitet, um Konkurrenzsituationen zu vermeiden.

Bereicherung für die Kinder - Ehrenamtliche bringen zusätzliche handwerkliche, naturwissenschaftlich-technische, musische Kenntnisse in den pädagogischen Alltag ein. Sie unterstützen und fördern einzelne Kinder, Kleingruppen oder Projektarbeit.



Große helfen Kleinen bei Gartenarbeiten



Das Freiwillige Soziale Schuljahr

Ein Modell aus Neustadt an der Aisch

Jugendliche "machen mit"

Ziel Ehrenamtliches Engagement bietet Schülern berufliche Einblicke und

gewinnt Nachwuchs

2006 arbeiteten 900 Schülerinnen und beteiligt

> Schüler aus 25 Schulen in 179 Einrichtungen

Schuljahr 2003/04 als Initiative des gegründet

> Freiwilligenzentrums "mach mit", koordiniert von 2 Ehrenamtlichen

gefördert durch Eigenmittel des Trägers Caritas

Neustadt/Aisch

Kontakt Freiwilligenzentrum "mach mit"

> Horst Koydl T. 09161 8889-36 Fax 09161 8889-20

freiwilligenzentrum@caritas-nea.de www.freiwilliges-soziales-schuljahr.de www.freiwilligenzentrum-nea.de

Die Ausgangslage

Freiwilligenzentrum sucht Nachwuchs: Das Freiwilligenzentrum "mach mit!" in der Caritas Neustadt/Aisch wirbt, berät und vermittelt seit 2002 Ehrenamtliche und möchte die Gesellschaft zur sozialen Mitverantwortung motivieren. Diese Aufgabenstellung beginnt bei jungen Menschen.

Die Idee: Das Freiwillige Soziale Jahr für Schüler

"mach mit!" startete daher das "Freiwillige Soziale Schuljahr": Schülerinnen und Schüler der Vorabschlussklassen (8. bis 11. Jahrgangsstufe) verpflichten sich für ein Schuljahr, an einem Tag in der Woche für zwei Stunden freiwillig und unentgeltlich in einer Einrichtung mitzuarbeiten. Sie werden dadurch frühzeitig an ehrenamtliches Engagement herangeführt und haben im Gegenzug die Chance, Erfahrungen für ihre künftige Berufswahl zu sammeln. Alten- und Pflegeheime, Tierheim, Kindergärten, Einrichtungen für psychisch Kranke, Feuerwehr, THW, Bund Naturschutz, Nachbarschaftshilfe freuen sich über die tatkräftige und vielseitige Unterstützung der Jugendlichen. Je nach Fähigkeiten, Neigungen und Wünschen können die Schülerinnen und Schüler in den Bereichen helfen, die sie interessieren.

Das "Neustädter Modell"

- sichert den ehrenamtlichen Nachwuchs,
- fördert das soziale Verantwortungsbewusstsein,
- vermittelt positive Gemeinschaftserlebnisse,
- steigert die Qualität der sozialen Arbeit und
- verhilft Jugendlichen zu praktischen Erfahrungen in der Berufswelt.

Die Perspektiven

Zwischenzeitlich wurde eine "Beratungs- und Vermittlungsstelle für Jugendfreiwilligendienste im In- und Ausland" eingerichtet, deren Aufbau die "Aktion Mensch" über drei Jahre mit insgesamt 194.000 Euro fördert. So kann das Beratungsangebot, das sich im "Neustädter Modell" auf Schüler beschränkte, um die Zeit nach der Schulausbildung erweitert werden. Es wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz warten, oder arbeitslos sind und zur Überbrückung ein sinnvolles Betätigungsfeld suchen. Sie können in der Beratungsstelle eine umfangreiche Datenbank nutzen, mit Informationen über vielfältige Möglichkeiten zum Freiwilligendienst im In- und Ausland. Interessenten erhalten Auskünfte zu länderspezifischen Fragen, zu Leistungen und zu Versicherungsfragen.

Der Beitrag der Kommunen

Neustadt an der Aisch und inzwischen weitere Kommunen aus dem Landkreis engagieren sich als juristische Personen mit einer Mitgliedschaft im Förderverein für das Freiwilligenzentrum "mach mit!". Zudem sitzen Kommunalpolitiker im Vorstand des Fördervereins.

Das Geheimnis des Erfolges

Chance für Schüler - Das Freiwillige Soziale Schuljahr bietet nicht nur Einblicke in die Berufswelt, sondern auch ein Abschlusszeugnis, das sich positiv bei der Suche eines Ausbildungsplatzes auswirken kann.

Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements - Die Schülerinnen und Schüler können als Dankeschön ein Geschenk aus einem umfangreichen Sport- und Kulturangebot wählen.

Übertragbarkeit für alle Schulen - Das Konzept des Freiwilligen Sozialen Schuljahres ist einfach, flexibel und überall umsetzbar.



Serap Uclu will später einmal Lehrerin werden.





Bildungspaten

Ein Projekt des Zentrums Aktiver Bürger in Fürth

Initiative für Jugendliche zeigen

Ziel Bildungsgerechtigkeit unabhängig von

sozialer und kultureller Herkunft

beteiligt 25 Ehrenamtliche für 50 Jugendliche,

1 hauptamtlicher Koordinator (halbtags)

in Fürth: ca. 115.000 Einwohner

2005 vom Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) gegründet

Modellfinanzierung bis Ende 2007 gefördert

durch das Staatsministerium für

Unterricht und Kultus

Kontakt Zentrum Aktiver Bürger

> Jochen Sahr T. 0911 9741961 Fax 0911 7467692 jochen.sahr@fuerth.de

www.zentrum-aktiver-buerger.de

Die Ausgangslage

Die Berufswahl bzw. der Übergang von Schule zu Ausbildung ist für Jugendliche eine schwierige Phase. Oft wird sie von Spannungen mit den "Autoritäten" Eltern oder Lehrer begleitet. Zugleich sind auch die Eltern häufig überfordert. Schule, Ausbilder und Arbeitsvermittler können nicht alle Belange und Bedürfnisse der Jugendlichen berücksichtigen.

Die Idee: Bildungspaten

In Fürth ergreifen Ehrenamtliche mit einem großen persönlichen und beruflichen Erfahrungsschatz die Initiative und engagieren sich als Bildungspaten für "ihre" Jugendlichen vor Ort. Sie bauen ein nachbarschaftliches Unterstützungssystem für benachteiligte Jugendliche und deren Angehörige auf und bieten eine intensive Einzelbetreuung an. Gerade weil Bildungspaten nicht auf eine Rolle fixiert sind (wie Lehrer oder Eltern), gelingt ihnen oft die Motivation von Jugendlichen. Das Projekt wendet sich besonders an Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Die Bildungspaten geben ihr Wissen weiter und unterstützen Jugendliche beim Schulabschluss oder bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Ganz praktisch helfen sie mit Nachhilfe oder bei der Prüfungsvorbereitung, begleiten die Jugendlichen zu Bewerbungsgesprächen, beraten beim Kleiderkauf für Vorstellungsgespräche, teilen die Freude über einen abgeschlossenen Arbeitsvertrag oder versuchen, den Kummer über eine verpasste Gelegenheit aufzufangen. Die Jugendlichen werden vom Koordinator des Bildungspatenprojekts oder von Kooperationspartnern angesprochen. Die Patenschaften sind freiwillig. Stimmen beide Seiten zu, so wird zwischen Koordinator, Paten und dem Jugendlichen eine schriftliche Vereinbarung geschlossen, die den Rahmen und die Ziele der Patenschaft festschreibt. Der Koordinator steht den Bildungspaten beratend bei allen anfallenden Fragen zur Verfügung. Ehrenamtliches Patensystem und professionelle Unterstützungsleistungen können sich so sinnvoll ergänzen.

Der Beitrag der Kommune

Über eine Förderung aus Mitteln des Programms "Soziale Stadt" wird die Infrastruktur für die Koordinationsstelle zur Verfügung gestellt.

Das Geheimnis des Erfolges

Lokale Verankerung - Soziale Vernetzung - Das Zentrum Aktiver Bürger hat ein Netzwerk mit vielen Partnern vor Ort: Bildungszentren, Schulen, Bibliotheken, Lernnetzwerke und Foren tragen dazu bei, die richtigen Partner zu finden.

Professionelle Begleitung der Patenschaften - Der hauptamtliche Bildungspaten-Koordinator wirbt die Paten, bringt passende Paten und junge Menschen mit entsprechendem Bedarf zusammen und betreut die Ehrenamtlichen bei ihren Aktivitäten.

Erfahrungsaustausch der Bildungspaten - Bei einem monatlichen Treffen tauschen die Bildungspaten aktuelle Informationen des Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktes aus und besprechen einzelne Fälle. Zudem können Paten und Kooperationspartner bereits erstellte Materialien und Informationen wie z.B. einen Beratungsführer "Bewerbung und Vorstellungsgespräch" oder Firmendatenbanken nutzen.



Bildungspatin im Gespräch



Altenhilfekonzepte und Nachbarschaftshilfe

Kommunale Konzepte in Bayern für kleine Gemeinden

Wohnen zu Hause

Ziel Ältere Menschen sollen möglichst lange

in ihrer häuslichen Umgebung leben

können

Deiningen, Hausham, Hofkirchen, beteiligt

Langenfeld, Röttingen, Stegaurach und

Gemeinden der AOVE-Region

2006 als Projekt der Arbeitsgruppe für gegründet

Sozialplanung und Altersforschung

gefördert vom Staatsministerium für Arbeit und

Sozialordnung, Familie und Frauen

Kontakt Arbeitsgruppe für Sozialplanung und

> Altersforschung Sabine Wenng T. 089 896230-44 Fax 089 89633046 info@afa-sozialplanung.de

www.afa-sozialplanung.de

Die Ausgangslage

Zu Hause zu wohnen, auch wenn man Hilfe, Betreuung und Pflege braucht - das ist der Wunsch der meisten älteren Menschen. Die Haushalte in Bayern haben sich verkleinert und "singularisiert" - das gilt auch für die älteren Mitbürger. Hinzu kommt die demografische Entwicklung: Mitte des Jahrhunderts wird fast jeder Dritte in Bayern 65 Jahre und älter sein. Mit steigender Lebenserwartung und Hochaltrigkeit wächst der Unterstützungs-, Hilfeund Pflegebedarf. Das Problem der Versorgung im Alter hat inzwischen die kleineren Gemeinden erreicht. Das Thema geeigneter Altenhilfekonzepte wird für sie zunehmend wichtiger, insbesondere da

- Fachwissen über Angebote und Möglichkeiten oft nur in begrenztem Umfang vor Ort vorhanden ist,
- der örtliche Bedarf für Einrichtungen der Altenhilfe zu gering ist, um eine wirtschaftlich rentable Betriebsgröße zu erreichen,
- andererseits viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich zu engagieren.

Die Idee: Individuelle Altenhilfekonzepte

Zusammen mit der Arbeitsgruppe für Altersforschung und Sozialplanung, einem Team von Gerontologen, Soziologen, Sozialpädagogen und Geografen, erarbeiteten Kommunen, Fachleute und Bürger individuelle Altenhilfekonzepte für ein möglichst langes, selbständiges Wohnen zu Hause. Dabei zeigte sich, dass in den Kommunen eine große Bereitschaft besteht, Versorgungslücken zu schließen. Örtliche Ressourcen werden bisher unterschätzt oder nicht genutzt. Mit fachlicher Unterstützung können bereits vorhandene Möglichkeiten sinnvoll ausgebaut werden, z.B.

- Weiterentwicklung der Angebote im Betreuten Wohnen, auch zu Hause, und Förderung neuer Wohnformen,
- Netzwerke und Fortbildungsmöglichkeiten für ehrenamtlich Tätige und pflegende Angehörige,
- Mobilitäts- und Versorgungsangebote: Dorfläden, mobile Ladenfahrzeuge, Hol- und Bringdienste, Einkaufsbegleitung, seniorengerechte Supermärkte,
- soziale Strukturen: Dorffeste, Ansprechpartner und Vereinsangebote für Seniorinnen und Senioren.

Der Beitrag der Kommunen

Auf Initiative des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurden in einem Modellprojekt für sieben Gemeinden praxisnahe Lösungen entwickelt. In den Kommunen bildeten sich Arbeitskreise, an denen die Bürgermeister und politische Vertreter der Gemeinden, interessierte Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich Tätige und Fachleute aus der Altenarbeit, Pfarrer, Ärzte beteiligt waren.

Das Geheimnis des Erfolges

Einbindung der Bürgermeister - Durch das Interesse und die Einbindung der Bürgermeister gewann das Thema in der Gemeinde und in den Arbeitskreisen auch an kommunalpolitischer Bedeutung.

Bürgerbeteiligung bei Konzeption - Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Befragungen gelang es, das Thema "Älter werden" in den Gemeinden zu verankern und gemeinsam Konzepte zu entwickeln.

Kompetente Begleitung der Planungen - Die Arbeitsgruppe für Altersforschung und Sozialplanung begleitete den Diskussionsprozess fach- und sachkundig: Sie moderierte die Arbeitskreise, beurteilte die Realisierbarkeit von Maßnahmen und ermöglichte eine Vernetzung von Projekten.



Wohnen zu Hause





Seniorennetzwerk Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz

Duales Netzwerk als Chance

Senioren beteiligen

Erhaltung bzw. Verbesserung der Ziel

Lebensqualität für Seniorinnen und

Senioren im ländlichen Raum

beteiligt ca. 80 Ehrenamtliche bei der Entwick-

> lung des Seniorenleitbildes und des Konzepts, im Landkreis Neumarkt:

130.000 Einwohner

gegründet initiiert 2004

bis 2006 Modellvorhaben vom Bundesgefördert

amt für Bauwesen und Raumordnung

Kontakt Regina GmbH

> Gero Wieschollek T. 09181 9076-66 Fax 09181 9076-70 info@regina-nm.de www.forumab50.de

Die Ausgangslage

Welche Bedürfnisse haben die Seniorinnen und Senioren heute und in der Zukunft und mit welchen Maßnahmen kann der demografische Wandel begleitet werden? Diese Fragen stellten sich im Rahmen der Entwicklungsaktivitäten des Landkreises Neumarkt: Ziel ist es, die ältere Generation nicht rein kurativ zu versorgen, sondern aktiv an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen.

Die Idee: Das Duale Seniorennetzwerk

Auch wenn es im ländlichen Raum viele Aktivitäten gibt. funktioniert die Gemeinschaft doch nicht mehr "automatisch": Durch den Aufbau eines Hilfsnetzwerks von Ehrenamtlichen und eines virtuellen Netzwerks im Internet kann die Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen verknüpft werden. Dies war das Ergebnis einer Bestandsaufnahme von Möglichkeiten und Anforderungen in der Region. Die Koordinierung der zahlreichen Ideen übernahm das Regionalmanagement der Regina GmbH, das zusammen mit Ehrenamtlichen ein Arbeitsprogramm für Landkreis, Gemeinde und Akteure erarbeitete und als Vernetzungsplattform dient. Bestandteil des Arbeitsprogramms ist das Seniorenleitbild für die Region Neumarkt, gemeinsam erarbeitet mit ehrenamtlichen und hauptberuflichen Aktiven.

Das "Duale Seniorennetzwerk" in Neumarkt besteht aus drei Maßnahmen:

■ Im "realen" Netzwerk engagieren sich Hauptberufliche und Ehrenamtliche für Themen, die für Senioren wichtig sind. Eine enge Verzahnung mit anderen Familienprojekten im Landkreis wird angestrebt.

- Das virtuelle Netzwerk, www.forumab50.de, bietet Informationen zu regionalen Aktivitäten von Senioren. Sie kann als Diskussionsforum und Wegweiser genutzt werden: Eine Datenbank enthält Hinweise zu Initiativen, Nachbarschaftshilfen, Seniorenheimen, Begegnungsmöglichkeiten, Beratungs- und Betreuungsstellen etc.
- In einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung hat sich die Nachbarschaftshilfe als tragende soziale Säule herauskristallisiert: Als "Soziale Feuerwehr" engagieren sich Freiwillige und helfen, wo sich üblicherweise Nachbarn helfen.

Durch die Entwicklung des "Dualen Seniorennetzwerks" wurden Politik und Öffentlichkeit für die Belange der Seniorinnen und Senioren sensibilisiert und über die Aktivitäten und Probleme informiert.

Der Beitrag der Kommunen

Das Leitbild wurde als Handlungsstrategie für den Landkreis Neumarkt einstimmig angenommen. Langfristig ist eine finanzielle Unterstützung des Projektes u.a. durch die Gemeinden geplant.

Das Geheimnis des Erfolges

Vernetzung - Die bereits vorhandenen Strukturen und Initiativen können durch eine virtuelle und reale Vernetzung optimal ausgebaut werden.

Effizienz - Die flachen Organisations- und Verwaltungsstrukturen sparen Geld und ermöglichen schnelle und unbürokratische Hilfe.

Nachbarschaftshilfe - Mit der "Sozialen Feuerwehr" entsteht ein kommunales, wohnortnahes Versorgungsmodell.



Startseite des Internetauftritts www.forumab50.de



Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach

Koordinationsstelle "Alt werden zu Hause"

Älter werden im AOVE-Land

Ziel Strukturelle Unterstützung für die

Generation ab 60

beteiligt 14 Ehrenamtliche für die

> AOVE, die Gemeinden Edelsfeld, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Poppenricht, Schnaittenbach und Vilseck, mit insgesamt ca. 36.500 Einwohnern

1996 als GmbH gegründet

gefördert als Modellprojekt vom Bayerischen

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (siehe Seite 15)

Kontakt Vermittlungsstelle

"Alt werden zu Hause" Waltraud Lobenhofer T. 09664 9539719 Fax 09664 952466 mail: info@aove.de www.aove.de

Die Ausgangslage

Die demografische Entwicklung in der Oberpfalz weckt Handlungsbedarf: In der AOVE-Region wird bis 2020 ein Einwohnerrückgang von minus 2,3 Prozent prognostiziert. Rückläufige Geburtenzahlen, steigendes Lebensalter und sich ändernde Familienstrukturen haben vielfältige Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Kommunen, insbesondere auf das Leben der älteren Generation. Vielerlei Gründe wie Zeitmangel, Unwissenheit, mangelnde Kooperationsbereitschaft sind Ursachen dafür, dass ältere Menschen häufig trotz großem Aufwand nicht optimal versorgt werden.

Die Idee: Alt werden zu Hause

Gefragt sind spezielle Konzepte für kleine Gemeinden, die einen eigenen Ansatz verfolgen: "Alt werden zu Hause" ermöglicht in der AOVE-Region älteren Menschen und Menschen mit Behinderung, so lange wie möglich selbstbestimmt im eigenen Zuhause zu leben. Im Rahmen des Modellprojekts "Altenhilfekonzepte für kleine Kommunen" zeigte sich nach eingehender Bestandsaufnahme, dass Kooperation und Vernetzung der Schlüssel für eine effektive und effiziente Versorgung der Zukunft sind.

Zuständig hierfür ist die Koordinationsstelle "Alt werden zu Hause", die für folgende Aufgaben zuständig ist: Beratung von Betroffenen, Angehörigen und Alltagsbegleitern, Koordination und Vermittlung von Betreuungsund Versorgungsangeboten, Kooperation mit verschiedenen Dienstleistern und Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem beteiligt sind die Geschäftsstelle AOVE GmbH, eine Krankenschwester und qualifizierte ehrenamtliche Alltagsbegleiter für Hausbesuchsdienste und kleinere Dienstleistungen.

Gemeinsam mit Klienten und Angehörigen wird der Unterstützungsbedarf ermittelt. Dabei werden bereits existierende Anbieter von Dienstleistungen, Beratungs- und Betreuungsangeboten sowie Krankenhäuser als Kooperationspartner eingebunden. Mit den Betroffenen wird ein Betreuungsvertrag geschlossen, der persönliche Besuche, je nach Absprache, Beratung und Betreuung und die Organisation notwendiger Dienstleistungen beinhaltet. Die Unterstützung kann jederzeit ausgeweitet oder reduziert werden.

Der Beitrag der Kommunen

Die Mitgliedergemeinden der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach, kurz AOVE, gründeten in den 90er Jahren einen Verbund, der durch die interkommunale Zusammenarbeit Fördergelder zur Stärkung der Gemeinden und Landkreisentwicklung akquirieren kann. Dadurch bot sich die Möglichkeit, an dem Modellprojekt "Altenhilfekonzepte für kleine Kommunen" teilzunehmen, bei dem sich die Gemeinden aktiv an der Konzeptentwicklung beteiligten.

Das Geheimnis des Erfolges

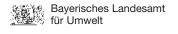
Gemeinsam sind Gemeinden stärker! - Neun Bürgermeister stehen hinter dem Projekt.

Angebotsvielfalt an Dienstleistungen - Durch den Gemeindeverbund kann eine große Auswahl von Dienstleistungen angeboten werden.

Ein Ansprechpartner - Viele Leistungen - Die Betroffenen haben den Vorteil, dass ihre Bedürfnisse genau berücksichtigt werden können, und dass sie einen Ansprechpartner für verschiedene Dienstleistungen haben.



Beratungsgespräch bei der Vermittlungsstelle





Aufbau von dualen Netzwerkstrukturen im Auerbergland

Interkommunales Netzwerk für eine nachhaltige Kommunalentwicklung



"Gemeinsam zum Wohle aller für ein schönes Leben"

Verbesserung der Lebensqualität im Ziel

Auerbergland

beteiligt 13 Gemeinden in zwei Landkreisen und

zwei Regierungsbezirken (Oberbayern, Schwaben) mit ca. 25.000 Einwohnern

1992 als Verein gegründet

gefördert vom Staatsministerium für Umwelt,

> Gesundheit und Verbraucherschutz, dem EU-Förderprogramm LEADER+ sowie verschiedenen Projektpartnern (Kommunen, Behörden, Privatpersonen)

Kontakt Regionalmanagement Auerbergland

Reinhard Walk

T. 08367 9139024, Fax 08367 9139025

info@auerbergland.de www.auerbergland.de



Die Ausgangslage

Das Auerbergland liegt im oberbayerischen und schwäbischen Alpenvorland, südwestlich von München und Augsburg. Aus der "Randlage" des Gebietes abseits von Orten mit zentralörtlicher Bedeutung resultieren wirtschaftliche Schwächen. Wirtschaftsgeografische Gutachten zeigten Kommunalpolitikern, dass drängende Zukunftsprobleme wie Kaufkraftabfluss oder der Struktur-

wandel in der Landwirtschaft nicht mehr nur auf der Ebene der einzelnen Gemeinden bewältigt werden können. Erste gravierende Auswirkungen der demografischen Entwicklung waren bereits spürbar.

Die Idee: Das Interkommunale Netzwerk

So entstand die Idee, die Gemeinden um den Auerberg mit ihren geschichtlich-kulturellen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Gegebenheiten zu vernetzen, mit gemeinsamen Aktivitäten und Initiativen zu beleben und zu stärken. "Gemeinsam zum Wohle aller für ein schönes Leben" lautet der Leitsatz der derzeit 13 Mitgliedsgemeinden. Ziel ist es, den Wandel in den einzelnen Orten aktiv zu gestalten, Eigenverantwortung und Bürgerschaftliches Engagement zu stärken, neue Formen der Kooperation zwischen Kommunen und privaten Partnern aufzubauen und mit fachlicher Unterstützung nach umsetzungsorientierten Herangehensweisen zu suchen.

Nach einer Bestandsaufnahme erarbeiteten die Gemeinden ein gemeinsames regionales Entwicklungskonzept mit Projektplan. Derzeit gibt es gemeinsame, z.T. fachlich begleitete Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Naherholung, Gewerbe-Handel-Dienstleistungen, Kultur, Natur und Umweltschutz, Sozial- und Bürgerkultur, erneuerbare Energien und Neue Medien. Besonderer Wert wird dabei auf die enge und vertrauensvolle Einbindung der Bürgerschaft in die gesamten Prozesse der Dorferneuerung und Regionalentwicklung gelegt. Mit hohem ehrenamtlichem Engagement beteiligen diese sich an Arbeitskreisen und Fachgruppen in den o.g. Bereichen und bei konkreten Projekten in diesen Handlungsfeldern.

Der Beitrag der Kommunen

Die Bürgermeister der angeschlossenen Gemeinden sind im Steuerkreis des Auerbergland e.V. vertreten, der das Gesamtprojekt koordiniert und die Finanzierung der Entwicklungsprozesse, des Regionalmanagements und der Geschäftsführung sichert.

Das Geheimnis des Erfolges

Breite Akzeptanz des Projektes - Interessierte und betroffene Bürgerinnen und Bürger bringen ihr Wissen um die sinnvolle Entwicklung ihrer Heimat in die Projektentwicklung ein.

Ganzheitliche Ausrichtung in der Planung - Gemeinsam werden in den Gemeinden ortsübergreifende Projekte und Problemlösungen erarbeitet. Dabei werden die Bedürfnisse der einzelnen Orte ebenso berücksichtigt wie die regionalen Erfordernisse.

Potentiale vor Ort nutzen - Nötig sind keine neuen Erfindungen, vielmehr werden die vorhandenen Potentiale zielstrebig genutzt.



Workshop 2007 "Demografie im Auerbergland"



Weiterführende Informationen

Viele Institutionen und Kommunen haben den demografischen Wandel mittlerweile als Herausforderung erkannt. Modelle und Projekte wurden gestartet, und die damit verbundenen Erfahrungen dokumentiert. Einige ausgewählte Informationen, die auch im Internet zur Verfügung stehen, sind auf den folgenden Seiten zu finden.

Anerkennungskultur im Ehrenamt

Unbestritten ist die Anerkennungskultur ein wichtiger, unbedingt zu berücksichtigender Aspekt für das Bürgerschaftliche Engagement. Die in diesem Baustein vorgestellten Projekte haben vielerlei Möglichkeiten der Anerkennung für das freiwillige Engagement gefunden. Neben Fortbildungsangeboten, Vergünstigungen, kleinen Geschenken oder Ehrungen können Zertifizierungen der ehrenamtlichen Leistungen für die Engagierten bei der Suche eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes hilfreich sein. Konkrete Beispiele stellt der Newsletter März 2005 des LBE Bayern vor, "Anerkennung: Mehr als Dank". www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk/lnw_nl05_1.pdf

"agenda-service"

Unter "agenda-service", einer Seite von agenda-transfer, Agentur für Nachhaltigkeit GmbH, findet sich eine Rubrik "Demografische Entwicklung" mit zahlreichen Dokumenten, Programmen und guten Beispielen zum Thema. www.agenda-service.de

Bayrischer Gemeindetag

Thema der Jahresversammlung des Bayerischen Gemeindetags im Jahr 2006 war "Die demografische Herausforderung - Zukunftschancen für Bayern". Die Diskussionsbeiträge zur Veranstaltung wurden umfassend dokumentiert.

www.bay-gemeindetag/information/barbing_2006.pdf

Bayerisches Landesamt für Umwelt

Das Bayerische Landesamt für Umwelt stellt neben zahlreichen umweltbezogenen Informationen auch themenübergreifende Angebote ins Netz. Dazu zählt u.a. der Auftritt von KommA21 Bayern, dem Netzwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung am LfU.

www.bayern.de/lfu/komma21

Bertelsmann Stiftung:

Wegweiser Demografischer Wandel

Die Bertelsmann-Stiftung hat einen "Wegweiser Demografischer Wandel" für alle Kommunen über 5.000 Einwohner erstellt. Mit Daten, Prognosen und Handlungskonzepten für die kommunale Praxis bietet dieser ein Informations- und Frühwarnsystem für Kommunen, die sich aktiv um die Gestaltung des demografischen Wandels kümmern möchten. Zu finden sind folgende Komponenten:

- demografierelevante Daten in den Bereichen Demografische Entwicklung, Wirtschaft und Arbeit, Wohnen und Soziale Lage
- Bevölkerungsprognose bis 2020 auf Gemeinde- und Kreisebene

- Handlungskonzepte für kommunale Problemlagen:
 - Politikfelder
 - lokale und regionale Infrastrukturplanung
 - Stadtumbau als kommunale Gestaltungsaufgabe
 - Wohnungsmärkte im Wandel
 - Urbanität fördern
 - Strategien für den ländlichen Raum
 - Kommunale Seniorenpolitik
 - Standortfaktor Kinder- und Familienfreundlichkeit
 - Strategien sozial integrativer lokaler Politik
 - Strategien lokaler Integrationspolitik
 - Gestaltung des Übergangs zwischen Schule und
 - Kommunale Verantwortung für Bildungsfragen
 - Bürgerschaftliches Engagement
 - Demografie und wirtschaftliche Entwicklung
 - Nachhaltige kommunale Finanzpolitik
 - Regionale Kooperation
 - Prozesse ressortübergreifend gestalten

www.wegweiserdemographie.de

Bundeszentrale für Politische Bildung

In der Reihe "Aus Politik und Zeitgeschehen" erschien bei der Bundeszentrale für Politische Bildung ein Themenheft mit dem Schwerpunkt "Demografischer Wandel in Kommunen" (Heft 21-22/2006).

www.das-parlament.de/2006/21-22/beilage/index.html

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das LBE Bayern zeigt auf seiner Homepage eine ausführliche Sammlung gelungener Beispiele und Handlungsfelder im Bereich Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. Zudem sind in den Ausgaben des ebenfalls online stehenden Newsletters zahlreiche praktische Hinweise zu finden.

www.wir-fuer-uns.de

Rat für Nachhaltige Entwicklung

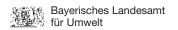
Der Rat für Nachhaltige Entwicklung erarbeitet im Auftrag der Bundesregierung Beiträge für eine nationale Politik der Nachhaltigkeit. Das Thema Demografie bildet dabei mittlerweile eine zentrale Perspektive.

www.nachhaltigkeitsrat.de

Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung initiiert und fördert Studien und Projekte in den Bereichen Familienplanung und demografischer Wandel wie auch Bürgerschaftliches Engagement.

www.bosch-stiftung.de





Weitere Informationen zu den vorgestellten Themen und Projekten

Altenhilfekonzepte, Seniorennetzwerke, Nachbarschaftshilfen

Informationen, Ideen, interessante Projekte und Hinweise zu Tagungen auf der Homepage der Bayerischen Koordinationsstelle "Wohnen zu Hause".

www.wohnen-zu-hause.de

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO e.V.) setzt sich dafür ein, dass jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglicht wird. Auf der Homepage finden sich u.a. Positionspapiere, Stellungnahmen und Publikationen zu seniorenrelevanten Themen.

www.bagso.de

Bildungspatenschaften

Über verschiedene Formen von Patenschaften, u.a. Bildungspatenschaften, informieren der Newsletter Oktober 2005 des LBE Bayern zum Thema "Bürgerschaftliches Engagement für Ausbildung"

www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk/lnw_nl05_3.pdf und speziell für den Münchner Raum

www.patenschaften-aktiv.de

Bürgerbusse

Auswahl bayerischer Gemeinden und Landkreise, in denen Bürgerbusse eingesetzt werden.

www.pro-buergerbus-nrw.de/links.htm

Bürgerhäuser

Unter dem Motto "Alles unter einem Dach – Bürgerzentren in Bayern" stellt das LBE Bayern in seinem Newsletter Dezember 2006 Bürgerhäuser in Neumarkt, Mühldorf und Ingolstadt vor.

 $www. is ka-nuern berg. de/landes netzwerk/lnw_nl06_4.pdf$

Bürgerschaftliches Engagement in Kitas

An dem Projekt "Große für Kleine" beteiligten sich neben dem Zentrum Aktiver Bürger Nürnberg die Freiwilligenagenturen in Halle und "Zeitweise" in Bremen. www.freiwilligen-agentur.de, www.zeitweise.info

Was sind Agenda 21 BAUSTEINE?

In den BAUSTEINEN stellen wir Informationen zum jeweiligen Thema in knapper Form zusammen – detaillierte Auskünfte können bei der KommA21 Bayern abfragen. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen für weitere Themen und Verbesserungsvorschläge auf.

Telefon: (0821) 9071-5021; E-Mail: komma21@lfu.bayern.de Internet: www.bayern.de/lfu/komma21

Dorfläden im Allgäu

Ein Beitrag "Dorfladen Allgäu GmbH - ein Netzwerk für die Nahversorgung" findet sich unter "Regionale Landentwicklung - Projekte - Kultur und Bürgerschaftliches Engagement".

www.unterallgaeu-aktiv.de

Freiwilliges Soziales Schuliahr

Das Neustädter Modell macht Schule und ist inzwischen in vielen anderen Städten zu finden, so z.B. in Bayreuth. www.freiwilligen-zentrum-bayreuth.de

Weitere Informationen zum Thema Schülerengagement im Newsletter März 2004 des LBE Bayern zum Thema "Brücken zwischen Alt und Jung".

www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk/lnw_nl04_1.pdf

Generationenübergreifende Wohnprojekte

Atlas Bayerisches Netzwerk Wohnprojekte mit nachbarschaftsorientierten Wohnformen und -anlagen

www.wohnprojektatlas-bayern.de

Beratungsstellen

Südbayern: WohnWerkstatt Urbanes Wohnen e.V.

www.urbanes-wohnen.de

Nordbayern: Der Hof e.V. Wohnprojekte Alt und Jung www.wohnprojekte.org

"Mehr als Wohnen – Wohnprojekte in Bayern": Der Newsletter März 2006 des LBE Bayern stellt generationenübergreifende Projekte in Augsburg, Bamberg, Hettstadt, München, Nürnberg vor.

www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk/lnw_nl06_1.pdf

Kommunen und demografischer Wandel

Die Stadt Arnsberg in Westfalen setzte sich intensiv mit dem Folgen des demografischen Wandels für die Stadtentwicklung auseinander und dokumentierte die Auswirkungen auf künftige Handlungsstrategien.

www.arnsberg.de/demografischer-wandel.index.php

Kontaktstellen Bürgerschaftliches Engagement

Die Freiwilligenagenturen und -zentren in Bayern sind in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa bayern) organisiert, die sich als Ansprechpartnerin für Kommunen, Land, Verbände und Wirtschaft versteht. www.lagfa-bayern.de

Landesnetzwerk Baden-Württemberg

Einen Überblick über das Bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg gibt die Seite

www.buergerengagement.de

Selbsthilfegruppen in Bayern

Informationen zu Selbsthilfegruppen in Bayern sowie die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme von Betroffenen untereinander bietet die Website der Selbsthilfe Koordination (SeKo) Bayern.

www.seko-bayern.de

Zuletzt erschienene Agenda 21 BAUSTEINE

- 12 Kooperation erfolgreich gestalten Spielregeln gegen den Frust (März 2006)
- 11 Flächensparen in der Kommunalen Agenda 21 (Juni 2005)
- 10 Klimaschutz in der Kommunalen Agenda 21 (Mai 2005)
 - 9 Agenda 21 im Landkreis (Februar 2003)
- 8 Agenda-Konferenz: Vom Blick zurück zum Schritt nach vorn (Januar 2003)
- 7 Dorferneuerung und Agenda 21 (Juni 2002)



